

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Die Wiener Initiative

Der 4. Weltkongreß des IBFG in Wien hat sich durch die immer beunruhigender werdenden Meldungen über die tragische Entwicklung in Marokko und Algerien, in Kamerun und Kenia nicht daran hindern lassen, seinen Willen, die soziale Befreiung und Befriedung der Arbeiter in wirtschaftlich „unterentwickelten“ Gebieten durchzusetzen, erneut zu bekunden. Das könnte beinahe wie Tollkühnheit erscheinen, denn die Lage hat sich seit dem Stockholmer Kongreß fast überall zugespitzt, und gerade jetzt ist es nicht leicht, zu sehen, an welchen Stellen die praktische Tätigkeit ansetzen sollte, wenn man einen Rückschlag vermeiden will.

Dennoch dürften die Urheber dieses neuen Arbeitsprogramms richtig gehandelt haben. Die friedliche „Koexistenz“ zwischen den arbeitenden Menschen aller Rassen und Hautfarben ist durch die weltpolitische Entwicklung gefährdet. Es gibt kein Ausweichen vor diesem Problem. Wird es mit Mut und Geschick gelöst, dann kann auch die rein politische Aufgabe, zwischen Ost und West eine Koexistenz der Staaten und der Sicherheitssysteme zu gewährleisten, handlicher und lösbarer werden. Der IBFG ist bestimmt mit dem nötigen Maß von Nüchternheit an dies komplizierte Unterfangen gegangen. Ein halbes Jahrzehnt unaufhörlicher Versuche konnte ihn davon überzeugen, wie dornenreich — aber auch wie vielversprechend die gewerkschaftliche Tätigkeit in „unterentwickelten“ Gebieten ist.

Die erste praktische Maßnahme ist die Bestellung eines Organisationsdirektors, der die Ausbreitung gewerkschaftlichen Lebens in den fraglichen Ländern besonders im Auge behalten soll. Um seine Tätigkeit zu fördern, werden erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen. Doch es versteht sich, daß sehr wesentliche Erfolgsaussichten immer dann vorhanden sind, wenn im Zuge internationaler Hilfsprogramme neue Industrien und Gewerbe entstehen. Haben die Teilnehmer des Wiener IBFG-Kongresses bereits von Ansatzpunkten gewußt? Konnten besonders seine amerikanischen Besucher damit rechnen, daß durch die Einsetzung von Kapitalien aus den Vereinigten Staaten irgendwo in der Welt „Schwerpunkte“ für aussichtsreiche gewerkschaftliche Initiativen entstehen werden?

Der aus seinem Amt scheidende Direktor der „Foreign Operations Administration“ (FOA), *Harold E. Stassen*, hat Präsident *Eisenhower* am 30. Juni einen Abschlußbericht vorgelegt. In ihm findet sich die Feststellung, daß der „allerdringlichste Bedarf“ an wirt-

schaftlichen Beihilfen dem militärischen und wirtschaftlichen Aufbau der freien Nationen Asiens in einem Gebiet von Afghanistan bis Japan besteht. Dorthin also wird ein großer Teil der „technischen Hilfe“ und des amerikanischen Kapitaleinsatzes während der nächsten Jahre gehen. Es ist nur folgerichtig, anzunehmen, daß auch die von den amerikanischen Gewerkschaften ausgehende (und über den IBFG geleitete) Anleitung zum Ausbau einheimischer Gewerkschaften hier einen wichtigen Ansatzpunkt findet.

Von Afghanistan darf in diesem Zusammenhang wohl nur als von einer Art Grenzmarkierung gesprochen werden. Aber in Burma und ganz Hinterindien — soweit es der westlichen Welt erhalten bleibt —, besonders auf der Halbinsel Malaya und in Singapur, sodann in den beiden Großstaaten des Fernen Ostens, in Indonesien und Japan, eröffnen sich der Entwicklung von freien Gewerkschaften neue Aussichten, bzw. werden dort, wo bereits lebenskräftige Gewerkschaften bestehen, wie in Japan — ein Land, das auch niemand als „unterentwickelt“ bezeichnen wird —, die Institutionen internationaler Zusammenarbeit gefestigt werden.

Die politischen Störungsmomente, die auch in diesem asiatischen Raum die gewerkschaftliche Arbeit behindern, haben sich bis in die letzte Zeit bemerkbar gemacht. Die blutigen Unruhen und Streiks in Singapur vom Mai dieses Jahres sind noch in frischer Erinnerung. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß der Jahrelang schwelende Kleinkrieg auf der Halbinsel Malaya mehr und mehr versickert. Die Sachverständigen führen dies auf Weisungen zurück, die den Aufständischen gleichlautend aus Peking und Moskau zugegangen sind. Hier greift also die große Politik der Mächte für den Augenblick fördernd und begünstigend ein. Eine derartige Situation auszunutzen, von der ja nicht ohne weiteres angenommen werden darf, daß sie ewig dauert, wäre das Anliegen einer globalen Gewerkschafts- und Sozialpolitik der westlichen Welt.

Neue Initiativen sind auch in Südkorea empfehlenswert. Seine Regierung hat zum zweitenmal im Zeitraum von fünf Monaten den Beauftragten der Gewerkschaftsinternationale, einen Norweger, des Landes verwiesen. Die Begründung macht einen fadenscheinigen Eindruck. Bei der Bedeutung, die gerade die Verhältnisse in Korea und der wirtschaftliche Aufbau seiner südlichen Hälfte für das Kräftegleichgewicht in Ostasien haben, muß erwartet werden, daß ein gut Teil des Unternehmungsgeistes, den der Kongreß der Gewerkschaften in Wien offenbart hat, sich zugunsten des koreanischen Gewerkschaftslebens in die Tat umsetzt.

Wie aber steht es mit den Chancen, auch das künftige Wirtschaftsprogramm, das die

Regierung *Faure* in Marokko, Algerien und Tunis anlaufen lassen will, zum Auslöser einer Festigung des islamischen Gewerkschaftswesens in Nordafrika zu machen? In Wien ist — sicherlich mit vollem Bedacht — der tunesische Gewerkschaftsführer *Ahmed Ben Salah* zu Wort gekommen. Er wies in einem ausführlichen Referat darauf hin, welche Bedeutung ein wieder gesundes Gewerkschaftsleben in diesen Ländern haben kann, wenn sich sein Ausbau mit der schrittweisen Fortentwicklung der politischen Autonomie verbindet. Damit sollte vermutlich auch ein neuer Hinweis gegeben werden auf die immer noch nicht gesühnte Ermordung des Vorsitzenden des tunesischen Gewerkschaftsbundes, *Ferhat Hasched*, vor drei Jahren. Derartige Vorkommnisse dürfen sich unter keinen Umständen wiederholen. Es ist zugleich klargelegt, daß die Internationale der freien Gewerkschaften von dem französischen Reformplan erwartet, er werde nicht nur in dem künftig autonom verwalteten Tunesien, sondern auch in Marokko und Algerien — Wirtschaftsräume, die voneinander im Zeitalter der „Integration“ in keiner Weise getrennt zu halten sind — dem Wachstum einheimischer Gewerkschaften jenen Raum geben, der ihnen bisher versagt geblieben ist.

Es hat wenig Sinn, in diesem Stadium der Entwicklung bereits konkrete Forderungen zu stellen, aber es darf darauf hingewiesen werden, daß das Repräsentantenhaus in Washington am 23. Juni mit 367 Stimmen gegen Null eine EntschlieÙung angenommen hat, die sich mit Entschiedenheit gegen „Kolonialismus jeder Art und gegen den kommunistischen Imperialismus“ wendet. Das ist nicht nur die Wiederholung einer schon oft gemachten Geste. Der Vorsitzende der demokratischen Fraktion hat das unterstrichen. Er bezeichnete diese Resolution, als er sie dem Senat weiterleitete, als dringend. „Sie wird der Welt nochmals vor Augen führen, daß die Vereinigten Staaten ein für allemal gegen den Kolonialismus in jeglicher Form sind.“

Die plötzliche Unruhe im französischen UNO-Protektorat Kamerun Ende Mai dieses Jahres macht den Vorstoß der Washingtoner Volksvertretung noch verständlicher. In der Nachbarschaft Kameruns hat das durch die britische Neuorganisation afrikanischer Gewerkschaften der Jahre 1940/41 geschaffene System einen gewissen Festigungsgrad erreicht. Ein Gewerkschafter der Goldküste überbrachte dem Wiener IBFG-Kongreß zu seiner Abschlußkundgebung eine von Zuversicht erfüllte Botschaft. Diese Afrikaner sehen nun in dem IBFG-Programm für die „unterentwickelten“ Gebiete eine zweite Welle, die an die britische Aktion von 1941 anschließen muß und von deren Erfolg in nicht-britischen Kolonien es abhängt, ob das Ganze zu einem Erfolg führen wird. Was der große Krieg damals begünstigt hat, sollen die Auswirkungen des Kalten Krieges heute weiter fördern.

Sieht man die Dinge auf diese Weise mit dem Zeitraffer, dann wird verständlich, daß ein hochgespanntes Sendungsbewußtsein die österreichischen Gewerkschafter veranlaßt hat, ihren Gästen auf dem Wiener Rathausplatz ein Festspiel darzubieten, in dem in drei Teilen erst der Freiheitskampf der Sklaven der Antike, dann der Streit der mittelalterlichen Bauern gegen die Feudalmacht und zuletzt die Auflehnung der Kolonialvölker gegen ein vorgewerkschaftliches Plantagensystem geschildert wurde. Im deutschen „Sozialdemokratischen Pressedienst“ war sogar von einem bevorstehenden „Heldenzeitalter“ der gewerkschaftlichen Pioniere in Asien, Afrika und Lateinamerika die Rede. Bei sorgfältiger Überlegung der in jedem einzelnen Land anzuwendenden Taktik mag — eben aus der Entwicklung des globalen Kalten Krieges heraus — die Verleihung solcher Vorschußlorbeeren berechtigt sein.

Dafür ist freilich notwendig, daß die Gewerkschaftsinternationale den Hebel nicht nur in den betreffenden „unterentwickelten“ Ländern ansetzt. Sie muß vielmehr in den Hauptstädten der Kolonialmächte ihre Arbeit beginnen. Die Mitarbeit an den Reformplänen und an den wirtschaftlichen Aufbauprogrammen wird nunmehr eine der Hauptaufgaben. Es müÙte erreicht werden, daß auch internationale Finanzierungsaktionen erst dann bindend vereinbart werden, wenn Richtlinien der internationalen gewerkschaftlichen Betätigung zuvor festgesetzt und von der betreffenden Kolonial- oder Mandatsmacht auch als für sie verpflichtend anerkannt werden. Nur so ist es möglich, daß der innere Widerstand der für die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung in gefährdeten „unterentwickelten“ Gebieten verantwortlichen Generäle oder Residenten gegen die vermeintliche Komplizierung ihrer Aufgabe rechtzeitig besiegt werden. Ein „Heldenzeitalter“ wird die freie Gewerkschaftsinternationale nur dann erleben, wenn sie ihre ersten „Schlachtfelder“ in den Büros der Kolonialverwaltungen und in den Planungsabteilungen der Militär- und Polizeistäbe sucht. Schließlich sind ja auch die Erfolge der Labourpolitiker und der britischen Gewerkschafter im Empire des Jahres 1940 in erster Linie dadurch möglich geworden, daß das große gewerkschaftliche Reformwerk in London erdacht und gebilligt wurde.

Im Jahre 1955 wird es sich darum handeln, daß von mehreren Hauptstädten überseeischer Imperien aus schon während der Anfangsstadien der Planung in Parlaments- und Ausschußberatungen der Grundsatz mutig verfochten wird, daß die Verteidigung von Arbeitnehmerrechten nichts mit versteckter Vorschubleistung für umstürzlerische politische Gruppen zu tun hat. Der rechtzeitige und vorbeugende Einsatz der Überzeugungsmittel des IBFG am klug ermittelten Zeitpunkt und die

Abstimmung der Einzelvorschläge auf die Gesamtlage zusammengehöriger „unterentwickelter“ Gebiete, die durch willkürliche Grenzen des Kolonialzeitalters getrennt sind — das scheint uns die eigentliche und in dieser Form neuartige Aufgabe zu sein.

Wenn sich auf solche Weise eine Art von Strategie der freien Gewerkschaftsarbeit der Welt entwickelt, dann wird es wertvoll sein, wenn sie fortlaufend beobachtet und einem möglichst großen Kreis von Sozialpolitikern, „Wirtschaftlern und Gewerkschaftern vor Augen

geführt wird. Maßnahmen, die den Beteiligten 1941 die allgemeine Kriegslage ohne viele Worte verständlich machten, müssen gegenwärtig einer nicht in gleichem Grad alarmierten Weltöffentlichkeit der freien Völker einleuchtend dargestellt werden. Gewerkschafts-„Diplomatie“ und internationale Gewerkschafts-„Publizistik“ stehen vor Anforderungen wie nie zuvor.

Hans Drugis

Zur Situation der französischen Arbeiterbewegung

Sechzig Jahre später

Vor sechzig Jahren erfolgte in Limoges die Gründung der französischen Gewerkschaftsbewegung. Kleinere Arbeiterorganisationen vereinigten sich damals zur Allgemeinen Arbeiterkonföderation (CGT), die in der Geschichte Frankreichs und der französischen Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle spielte und Jahrzehnte hindurch den Aufstieg der französischen Arbeiterklasse entscheidend beeinflusste.

So wenig wie der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands und Italiens, blieben der französischen Gewerkschaftsbewegung Richtungsstreit und Spaltung erspart. Anarcho-syndikalistische Tendenzen haben in der Frühzeit der französischen Gewerkschaftsbewegung — vor allem im Süden des Landes — eine beachtliche Rolle gespielt. Später — und bis in die jüngste Gegenwart — war sie mit den kommunistischen Einflüssen belastet, die sich unerhört schädigend für die gesunde Entwicklung der demokratischen Arbeiterbewegung und des wirtschaftlichen Aufstiegs des Landes auswirkten. So wie in der Weimarer Republik die RGO, war in Frankreich zwischen den beiden Kriegen bis 1935 die CGT am Werk und unterhöhlte durch ihre „revolutionäre Taktik“ die Ergebnisse einer langen, freigewerkschaftlichen Aufbauarbeit, bis es 1935 gelang, die gewerkschaftliche Einheit wiederherzustellen und in Zusammenarbeit mit der Volksfrontregierung *Leon Blums* im Jahre 1936 neue umfassende sozial- und wirtschaftspolitische Erfolge zu erzielen.

Der Krieg unterbrach den Aufstieg der französischen Arbeiterklasse. Erst unter dem Einfluß der Widerstandsbewegung und des allgemeinen Willens zur Erneuerung auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet wurden in den ersten Nachkriegsjahren neue Fortschritte erzielt. Die politische und gewerkschaftliche Spaltung der französischen Arbeiterklasse begünstigte aber die reaktionären Kreise des französischen Unternehmertums und bot den konservativen Kreisen Möglichkeiten zu Angriffen auf die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften. Zeigten so die letzten Jahre dunkle Anzeichen eines verschärften antisozialen Kampfes, so steht der Beginn des siebten Jahrzehnts der gewerkschaftlichen Entwicklung in Frankreich im Zeichen von Hoffnungen und Erwartungen in den verschiedenen Teilen der zersplitterten und gespaltenen Arbeiterbewegung. Die freie Organisation Force Ouvrière (Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften) ist zwar bis heute nicht zur Massenbewegung der französischen Gewerkschafter geworden. Ihr Mitgliederstand beträgt eine Million, während der alte unter kommunistischer Führung geratene Verband (CGT) noch immer zwei Millionen Mitglieder zählt und der christliche Gewerkschaftsverband etwa ebenso stark wie die Force Ouvrière sein dürfte. Aber in den beiden anderen Verbänden machen sich Bestrebungen geltend, die von den Freigewerkschaftern mit großer Befriedigung begrüßt werden, da sie den Einheitswillen der Arbeiterklasse bekräftigen und die Kampfkraft stärken werden.

Richtungskämpfe in den christlichen Gewerkschaften

Die christlichen Gewerkschaften konnten in der Nachkriegszeit in verschiedenen Industrie- und Wirtschaftszweigen, vor allem im Osten und Norden des Landes, festen Fuß fassen. Grund dafür war der Wunsch, den gesamten wirtschaftlichen und sozialen Apparat des Landes im fortschrittlichen Sinne zu erneuern und die Abneigung der gemäßigten und christlichen Einflüssen unterliegenden Arbeiterkreise gegen die immer stärker werdende Radikalisierung der alten großen freigewerkschaftlichen CGT, an deren Spitze zwar noch immer *Leon Jouhaux* stand, aber der kommunistische Einfluß des Kreises um *Benoit Frachon* immer stärker zum Ausdruck kam.

Heute sind die christlichen Gewerkschaften Frankreichs das stärkste und tragende Glied der Christlichen Gewerkschafts-Internationale, deren Gesamtmitgliederbestand etwa zwei Millionen beträgt. Wir unterstreichen diese Tatsache, weil sie von erheblicher Bedeutung ist. Die Führung der christlichen Gewerkschaften

ten liegt in den Händen relativ junger Kreise mit *Maurice Bouladoux* und *Georges Levard* an der Spitze, die sich erst vor wenigen Jahren nicht ohne Schwierigkeiten gegen den früheren Gewerkschaftsführer *Gaston Tessier* durchsetzen und eine neue dynamischere Politik zu führen versprochen. Ihr Kredit ist jedoch, den Ergebnissen des letzten Landeskongresses nach zu urteilen, stark gemindert; im gleichen Maße trat eine Opposition in Erscheinung, die sich als außerordentlich stark erwies, obgleich sie mit knapp zwei Fünftel aller Mandate in allen entscheidenden Abstimmungen in der Minderheit blieb und bei den Vorstandswahlen vollkommen ausgebootet wurde, so daß heute bereits von einer ernststen Krise der christlichen Gewerkschaftsbewegung gesprochen wird.

Diese Entwicklung hängt mit der Krise zusammen, in der sich die gesamte christlich-soziale Bewegung in Frankreich befindet. Sie ist Ausdruck des Kampfes zwischen den konservativen Elementen und den fortschrittlichen Kreisen, der bisher nur von der beiden gemeinsamen religiösen Grundhaltung überdeckt wurde. Die Gegensätze zwischen den beiden Flügeln der Bewegung sind außerordentlich groß. *Bouladoux* lehnt den integralen Liberalismus ebenso wie den Totalitarismus ab und sucht zwischen beiden Systemen einen „dritten Weg“, der die Möglichkeit bieten soll, die menschlichen Werte zur Geltung zu bringen. Der Sprecher der Opposition, *Rene Mathevet*, ist der Meinung, daß es nicht die Aufgabe der christlichen Gewerkschafter sei, zwischen dem Stalinismus und einer dekadenten bürgerlichen Gesellschaft zu wählen, indem sie letzterer humanistischen Geist einflöße, sondern zwischen einem totalitären und technokratischen Sozialismus stalinistischer Prägung einerseits und einem partei-ungebundenen, demokratischen Sozialismus wirtschaftlicher Konzeption andererseits, der die wahren Freiheiten, auf die die Arbeiterklasse Anspruch erhebe — *politische, gewerkschaftliche und geistige Freiheit* —, sichere.

Das Problem stellt sich jetzt, wie die christlichen Arbeiter die Haltung und Beschlüsse ihres Kongresses aufnehmen werden? Die Entwicklung war ihrer Organisation in den letzten Jahren nicht günstig. Der Mitgliederstand verminderte sich um 5 vH. Schwierig dürfte allerdings festzustellen sein, ob dafür der wirtschaftliche Rückschlag des Jahres 1953 oder die Unzufriedenheit mit der Gewerkschaftsführung verantwortlich zu machen ist. Über die Frage, ob sich die Führung während des großen Streiks im August 1953 richtig verhalten hat, konnten sich Mehrheit und Opposition nicht verständigen.

Ist die christliche Gewerkschaftsbewegung zur Zeit von einer Spaltung bedroht? Diese Frage kann gegenwärtig kaum beantwortet werden. Man hält es für ausgeschlossen, daß

die kommunistischen Organisationen aus der Lage im christlichen Gewerkschaftssektor profitieren können, obwohl es bei verschiedenen Streikaktionen in den vergangenen Jahren zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden kam. Die Situation ist bei den Kommunisten selbst zu gespannt und umstritten und die Anziehungskraft kommunistischer Gewerkschaften zur Zeit gering. Dagegen könnte die Entwicklung im christlichen Lager sehr wohl gewisse in der Force Ouvrière vorhandene Tendenzen stärken und eine Annäherung zwischen beiden herbeiführen. Politische Momente werden sich auf alle Fälle in diesem Sinne fühlbar machen.

Erwachen und Kampf in der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hinterließ in den Kreisen der Führer des von den Kommunisten eroberten alten Gewerkschaftsbundes CGT tiefe Spuren. Bei den wenigen Nicht-Kommunisten, die heute noch der Leitung des Verbandes angehören, machte sich deshalb in den letzten Monaten das Bestreben geltend, die Konsequenzen aus einer langen Reihe von Irrtümern zu ziehen und den verbliebenen zwei Millionen Mitgliedern reinen Wein über die wirtschaftliche Gegenwart und die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten einzuschenken, um eine Schwenkung von der Illusion zur Wirklichkeit zu ermöglichen. Gelegenheit bot dieser Minderheit der Landeskongreß der CGT, der im Juni in Paris tagte. Schon die ersten Verhandlungstage zeigten, daß nur wenig Erfolgsaussichten für sie bestanden. Die Diskussionen wurden seitens der kommunistischen Führung mit großer Schärfe gegen die Minderheit geführt. Der allmächtige Generalsekretär *Benoit Frachon* leitete den Angriff gegen die Minderheit bereits in seinem Geschäftsbericht ein, in dem er ihre Thesen verdammt, aber gleichzeitig eine taktische Schwenkung vollzog, die der Masse aller Schaffenden den Eindruck vermitteln sollte, wie sehr es der kommunistischen Führung um die Verwirklichung der Einheitsfront gehe. Noch niemals ist auf einer kommunistischen Gewerkschaftstagung die freie Organisation Force Ouvrière von prominenten kommunistischen Gewerkschaftern so umworben worden wie jetzt von *Frachon*, der immer wieder die Notwendigkeit der Wiedervereinigung beider Gewerkschaftsrichtungen betonte, ohne dabei auch die christlichen Gewerkschafter zu vergessen.

Es war von Anfang an klar, daß die kommunistische Führung im gegenwärtigen Augenblick nicht auf den Profit einer Einheitsaktion zugunsten der Kritiker in den eigenen Reihen verzichten würde, denn die allgemeinen Tendenzen der kommunistischen Partei deuten

auf den Wunsch zur Verständigung mit der sozialistischen und christlichen Arbeiterschaft hin — trotz der überaus heftigen Angriffe, die immer wieder gegen deren Führung gerichtet werden. Daß man im gleichen Augenblick im Führergremium der CGT, die vom Wirtschaftstheoretiker der Organisation, *Pierre Le Brun*, und seinen engeren Freunden vertretenen Thesen auf das schärfste verurteilt, obwohl sie dem allgemein anerkannten Wirtschaftsprogramm der CGT entsprechen, und ein Aktionsprogramm in den Vordergrund stellt, in welchem man nachzuweisen versucht, daß die Auffassungen Le Bruns illusorisch seien, da keine Möglichkeit bestehe, in einem kapitalistischen Regime soziale Fortschritte von Bestand zu erzielen, da das kapitalistische Unternehmertum sofort Schritte einleiten werde, um diese Fortschritte rückgängig zu machen, gehört in den Rahmen der Taktik, die der kommunistischen Gewerkschaftsführung von der kommunistischen Parteileitung vorgeschrieben ist. Wer die enge Verbindung zwischen beiden kennt, weiß auch, daß die von dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, *Maurice Thorez*, proklamierte These, das klassenkämpferische Verhalten der Kapitalisten könne nur durch den proletarischen Klassenkampf gebrochen werden, auch für die CGT verbindlich ist, so daß Frachon keine andere Möglichkeit blieb, als — einer besseren Einsicht widersprechend — die Thesen Le Bruns abzulehnen.

Le Brun hat auf dem Landeskongreß in sehr eindrucksvoller Weise seinen Standpunkt vertreten und zuvor im offiziellen Organ „Le

Peuple“ seinen Widersachern ins Stammbuch geschrieben, daß sie nicht allein das demokratische Gewerkschaftsprogramm verleugnen, sondern mit ihrer Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation auch im Widerspruch zu den Auffassungen der Arbeiterklasse stünden, die in den vergangenen Jahren begriffen hätte, daß selbst in einer kapitalistischen Welt schätzenswerte Erfolge erzielt werden könnten und die Aufgabe der Gewerkschaften darin bestünde, alle sich in dieser Hinsicht bietenden Möglichkeiten auszuwerten. Es ist der alte Streit zwischen den „Revolutionären“, deren Thesen in der Vergangenheit oftmals ad absurdum geführt wurden, und den Reformisten, der nun in der unter die kommunistische Knute gefallenen Organisation erneut zum Ausbruch kam. Le Brun und seine Freunde werden deshalb die kommunistische Organisation kaum verlassen. Sie werden sich einem Mehrheitsbeschluß beugen, in der Hoffnung, durch die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung eine Bestätigung der Thesen zu erhalten, die ihnen von der berufenen Gewerkschaftsinstanz aus politischer Voreingenommenheit und bewußter Unterordnung unter das kommunistische Parteigesetz verweigert wurde. Sie werden darauf um so eher rechnen können, als sich die kommunistische Führung wohl kaum um Kongreß-Entscheidungen kümmern wird, wenn die innerpolitische und internationale Situation die Notwendigkeit einer engeren Anlehnung an die republikanische Linke zweckmäßig erscheinen lassen

Arthur Riess (Paris)